

Eine solche Auffassung würde eine rechtswidrige sein. Nach preußischem Staatsrecht nicht jedem Rechtsschutz, soweit nicht im Staat selbst oder in Gesetzen Einschränkungen getroffen sind, die ausschließliche Verfügung über die in seinem Recht ausgesetzten Gelder zu. Solche Einschränkung besteht hier nicht. Das Staatsministerium hat deshalb keine Veranlassung, eine Siedlung zu nehmen zu der Erklärung des Landwirtschaftsministers im Herrenhause. Die Interpellanten haben dieser Erklärung eine Deutung gegeben, welche weder aus dem Wortlaut noch aus der ihr zu Grunde liegenden Absicht hergeleitet werden kann. Der Minister Frhr. v. Hammerstein hat nicht ausgesprochen, daß diejenigen Provinzen, welche Landwirtschaftskammern eingesetzt haben, bei der Vertheilung von Staatszuschüssen für landwirtschaftliche Zwecke besonders berücksichtigt werden sollen. Er hat vielmehr nur den durchaus zutreffenden Grundsatz aufgestellt, daß bei der Vertheilung die eigenen Leistungen der Betriebsministers in Betracht gezogen werden müssen, und hat aus diesem Grundsatz die Folgerung gezogen, daß die mit Landwirtschaftskammern versehenen Provinzen, in denen im Gegensatz zu den anderen die gesammte Landwirtschaft zu gemeinschaftlichen Ausgaben herangezogen werden kann, weil sie selbst mehr aufbringen, auch höhere Zuschüsse erhalten müssen. Nicht, weil sie Landwirtschaftskammern haben, sondern weil sie mehr Beiträge zahlen, erhalten sie auch verhältnismäßig höhere Summen. (Sehr richtig! rechts.) Das Staatsministerium würde diese Erklärung, selbst wenn es die selbe einer Kritik zu unterwerfen hätte, zu bemängeln keine Veranlassung gehabt haben.

Der Abg. Graf Limburg-Stirum hat in der vorletzten Sitzung meine Nichtbeteiligung an der Behandlung eines Gesetzentwurfs einer abfälligen Kritik unterzogen. Ich muß diese Kritik als eine unberechtigte auf das Entschiedenste zurückweisen. Es muß dem Ministerpräsidenten überlassen bleiben, zu erwägen und zu entscheiden, ob und in wieweit es erforderlich ist, daß er sich wegen der allgemeinen politischen Bedeutung eines Berathungsgegenstandes an der Beratung eines Gesetzentwurfs oder Antrages beteiligen will oder nicht. Ich halte den Entwurf über die Anstellung der Ge richtsassessoren nicht für einen von solcher politischen Tragweite, daß ich es für nötig hätte erachten müssen, neben der bewährten Kraft des Herrn Justizministers die Vertretung derselben zu übernehmen. Da nun der Abg. Graf Limburg noch die Bemerkung gemacht hat, ich betrachte meine Stellung als Ministerpräsident als ein Nebenamt, so kann ich, insfern dieser Bemerkung überhaupt ernsthafte Bedeutung beizulegen ist, nur sagen, daß ich mir nicht bewußt bin, in der Erfüllung der mir von Sr. Majestät übertragenen Pflichten einen Unterschied einzutreten zu lassen. (Beifall im Centrum.)

Auf Antrag Hobrecht (nl.) findet die Befreiung der Interpellation statt.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (konf.): Die letzten Worte des Ministerpräsidenten nöthigen mich zu einer Erwidern. Gewiß, formell kann nur der Ministerpräsident darüber entscheiden, ob er in einem bestimten Falle in die Debatte eingreifen will oder nicht, darüber ist gar kein Zweifel. Auf der anderen Seite aber werden wir wohl berechtigt sein — und das ist immer so gewesen — wenn wir das Gefühl haben, im Interesse des Staates und der Dinge wäre das Eingreifen des Ministerpräsidenten nöthig, dies dann auch zu sagen. Man kann auch über die Frage der Assessorenanstellung verschiedene Meinung sein. Ursprünglich und an und für sich scheint es ja, als ob diese Frage nur eine finanzielle sei noch dem Gang der Debatte aber war es zweifelhaft geworden, wie weit es sich um eine Verdunkelung der Rechte der Krone handelt. (Bedrohter Widerspruch links und im Centrum, Beifall rechts.) Der heftige Widerpruch von jener Seite und die Zustimmung meiner Freunde zeigt doch, daß wesentliche prinzipielle Unterschiede in der Auffassung bestehen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bestreite nicht, daß der Ministerpräsident auch unter diesen Umständen formell berechtigt wäre, zu sagen: die Sache ist nicht bedeutsam genug. Aber es entspricht der ganzen Haltung, die die konserватiven Partei stets eingenommen hat, daß wir bei Fragen, in denen es sich um die Rechte der Krone handelt, das Eingreifen des Chefs der Regierung für nötig halten. Ich habe in meinen ganz ernst gemeinten und wohl überlegten Bemerkungen dem Ministerpräsidenten nichts Unangenehmes oder Verlebendiges sagen wollen, denn an den Befürden, die ich damit verhüte, kann der Ministerpräsident nicht schuld sein, die Gründe liegen wohl etwas tiefer. Aber ich habe doch die in weiten Kreisen verbreitete Meinung nicht verschwiegen wollen, daß man das Gefühl hat, als ob die preußischen Interessen in den Reichsdingen nicht mehr denjenigen Einfluß haben, den wir für notwendig halten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wenn ich auch unmittelbar nicht die Sache ändern kann, so halte ich es doch für meine Pflicht, wenn ich erkenne, daß Schwierigkeiten entstehen, die dem Reich nicht förderlich sind, warnend meine Stimme zu erheben, umso mehr, wenn ich mir bewußt bin, daß das, was ich sage, in weiten Kreisen des Landes gehört wird. Wenn es ist kein Zweifel, daß, wenn ein Zufluss eintreten sollte, der augenblicklich noch nicht vorliegt, wozu sich aber Anlässe zeigen, wo die preußischen Interessen im Reich nicht mehr denjenigen Einfluß haben, der ihnen durch die Verfassung und die Stellung Preußens gebührt, daß dann eine Förderung der Reichsinstitution eintrete. (Sehr wahr! rechts.) In diesem Sinne bitte ich den Ministerpräsidenten und die Regierung, meine Anerkennung aufzusuchen. Es ist eine Warnung. (Oho! links und im Centrum.) Sie (nach links) schenken Warnung und Drohung zu verwechseln. Von einer Drohung ist keine Rede, sondern nur von einer wohlgemeinten Warnung. (Beifall rechts.)

Abg. Herold (Centr.): Die Erklärungen des Landwirtschaftsministers lassen gar keinen Zweifel darüber, daß es beachtigt wird, die Landwirtschaftskammern zu bevorzugen und die landwirtschaftlichen Centralvereine zu benachteiligen. Ich würde dies für nicht gerechtfertigt halten, und meine, daß man bei der Bewilligung von Staatszuschüssen nur das Bedürfnis berücksichtigen darf. Dieses Bedürfnis ist aber in den einzelnen Provinzen ganz verschieden. Provinzen, in denen keine Landwirtschaftskammern bestehen, sind oft viel bedürftiger, als solche, in denen Landwirtschaftskammern vorhanden sind.

Ministerpräsident Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Der Herr Graf zu Limburg-Stirum hat seine neuliche Anerkennung insfern richtig gefehlt, als ihm eine persönliche verdeckende Absicht gelegen habe. Davon nehme ich Alt. Er hat aber zu gleicher Zeit betont, daß er seine Erklärung wohl überlegt deshalb abgegeben habe, weil er ihm in weiten Kreisen die Überzeugung dient, daß die preußischen Interessen den Reichsinteressen gegenüber zur Zeit nicht genügend gewahrt würden. Der Herr Graf hat wohl kaum geahnt, in welchen schweren Vorwurfer er damit der preußischen Regierung im Allgemeinen gemacht hat. (Sehr wahr! im Centrum und links.) Ich bin mir nicht bewußt, daß wir es an der Förderung der speziell preußischen Interessen je haben fehlen lassen. (Bravo! im Centrum und links.)

Abg. Eichels (nl.) spricht sein Bedauern über die Erklärung

des Landwirtschaftsministers aus und wünscht, daß alle landwirtschaftlichen Korporationen gleichmäßig berücksichtigt würden. Wenn man die Landwirtschaftskammern einsetzt begünstigen will, so wird man entweder die landwirtschaftlichen Vereine bestätigen, was ungut wäre, oder man wird die Landwirthe zu einer Doppelbesteuerung zwingen, die sie nicht tragen können. In Hannover haben die Nationalliberalen alles gehabt, was in ihren Kräften stand, um die Gegenseite nach der Annexion zu versöhnen. Hierzu aber tragen auch die landwirtschaftlichen Vereine bei, in denen die Angehörigen der verschiedenen Parteien friedlich zusammenarbeiten. Ich bitte daher den Minister, nicht durch einen zwangswelten Staatseingriff für Hannover dieses friedliche Zusammenarbeiten zu fördern.

Vizepräsident des Staatsministeriums Staatsminister Dr. v. Bötticher interpretiert die Anerkennung des Landwirtschaftsministers, die nicht richtig aufgefaßt worden sei. Der Landwirtschaftsminister ging von dem Satze aus, daß die Staatsregierung verpflichtet sei, bei der Vertheilung der Zuschüsse vorzugsweise auch die eigenen Leistungen der Provinzen zu berücksichtigen. Die Provinzen, in denen Landwirtschaftskammern bestehen, leisten aber, weil sie Vertretungen der ganzen Landwirtschaft besitzen, mehr als andere Provinzen. Die Worte des Landwirtschaftsministers sind von den Herren Interpellanten ganz falsch verstanden worden, bis jetzt ist seiner Provinz ein Buschus entzogen worden. Im Uebrigen hat jeder Ressortminister die freie Verfügung über die Fonds, soweit nicht durch das Gesetz Beschränkungen festgestellt sind. Das Staatsministerium hat ihm nichts befehlen. Deshalb wäre es wohl richtiger gewesen, wenn die Interpellanten ihre Anfrage an den Landwirtschaftsminister, anstatt an das Gesamtministerium gerichtet hätten.

Abg. Frhr. v. Eiffa (konf.): als Vertreter einer Provinz, welche eine Landwirtschaftskammer hat, bestreite ich, daß die landwirtschaftlichen Vereine mehr leisteten, als die Landwirtschaftskammern. In der Provinz Sachsen bestehen landwirtschaftliche Vereine und Landwirtschaftskammern nebeneinander, die Doppelbesteuerung, von welcher der Verredner sprach, läßt sich sehr wohl tragen. Die Regierung soll den Provinzen die bisherigen Buschüsse nicht entziehen, hat aber absolut keine Verpflichtung, diese Beiträge in derselben Weise für alle Provinzen zu erhöhen. Dies würde Redner geradezu für eine Ungerechtigkeit halten. Ihm habe der Landwirtschaftsminister im Herrenhause ganz aus dem Herzen gesprochen.

Abg. v. Plettenberg (konf.): protestiert dagegen, daß die Auffassung des Abg. Knebel etwa die der ganzen Rheinprovinz sei.

Abg. Knebel (nl.) polemisiert gegen den Abg. v. Eiffa, der ihn vollständig missverstanden habe. Er (Redner) habe nur dagegen protestiert, daß gewisse Provinzen nur aus dem Grunde, weil sie Landwirtschaftskammern eingerichtet hätten, bevorzugt würden.

Auf eine Bemerkung des Abg. Herold (Centr.) erwidert

Finanzminister Dr. Miquel: Aus einer Statistik, die vergleichend, welche Leistungen der Staat aus eigenen Mitteln den Provinzen macht, kann man auch nicht den geringsten Schluss ziehen. Es ist auch nicht zutreffend, wenn ganz einseitig behauptet wird, es müßten die Buschüsse verteilt werden für die einzelnen Provinzen nach dem Verhältnis der Leistungen. Die Thatache, daß die eine Provinz mehr leistet als die andere, ergibt noch nicht einen Beweis für die Notwendigkeit eines Staatszuschusses. Man muß vor allem auch die Bedürftigkeit der Gemeinden und noch manches andere in Betracht ziehen. Ich glaube nicht, daß durch die Landwirtschaftskammern das lokale landwirtschaftliche Vereinswesen zu leiden braucht.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die Beratung des von den Konservativen, Freikonservativen und einem Theil des Centrums eingebrochenen Währungsantrages: "Das Haus der Abgeordneten möge beschließen: zu erklären, daß das Schwanken des Wertverhältnisses der beiden Edelmetalle seit der Aufhebung der französischen Doppelwährung im Jahre 1873 sich als eine Schädigung der Interessen Deutschlands erwiesen hat, und die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesratthe Alles zu thun, was in ihren Kräften steht, um durch ein internationales Übereinkommen ein festes Wertverhältnis zwischen Silber und Gold herzustellen und zu sichern."

Zazu beantragen die Abgeordneten Dr. Arendt und v. Kardorff (st.), dem Antrag hinzuzufügen: "Für die hierzu erforderlichen internationalen Verhandlungen ist nach den Erklärungen des englischen Cabinets vom 17. März 1896 die Initiative Englands abzuwarten."

Abg. Dr. Arendt (st.): Das englische Unterhaus hat am 17. März eine Resolution angenommen, durch die das Ministerium aufgefordert wird, Schritte zur Herstellung eines konstanten Wertverhältnisses zwischen Gold und Silber einzuleiten. Die einzige Kammer in Deutschland, die einen demokratischen Anstrich hat, die zweite Kammer des württembergischen Landtags, hat einen Beschlus zu Gunsten der Goldwährung gefaßt, und darauf stützt sich die freisinnige Partei, die den Beschluss des Reichstags nicht ausgeführt wissen will. Es ist eine merkwürdige Logik der freisinnigen Partei, daß, wenn Parlamentsbeschlüsse so ausfallen, wie es der Ansicht jener Herren nicht entspricht, dann an die Regierung appelliert wird, damit sie dem Beschluss nicht Folge leistet. Wenn aber Parlamentsbeschuß: dem Rezept der freisinnigen Partei entsprechen, so lastet sie, es sei unverantwortlich, wenn die Regierung dem Willen des Volkes nicht Genüge thut. Der Metallismus läßt sich auch ohne England im Bunde mit Frankreich und den Vereinigten Staaten durchführen, aber wir tragen der gegenwärtigen Strömung Rechnung und haben deshalb unseren Zuschantrag eingefügt. Redner bezieht sich insbesondere auf den französischen Ministerpräsidenten Macé, der Anhänger der Doppelwährung ist, und röhmt ihn als einen umsichtigen und weitschauenden Staatsmann, der sich erst jüngst offen für den Metallismus ausgesprochen habe. Obwohl im preußischen Ministerium Metallisten lägen, hätte noch niemand öffentlich von der Ministratur Metallistisch gesprochen. (Während der Rede des Abg. Dr. Arendt verließ fast sämtliche Abgeordnete den Saal. Es waren schlechtlich kaum noch 24 anwesend, am Ministersthe sech nur Finanzminister Dr. Miquel.)

Finanzminister Dr. Miquel: Die von dem Verredner erörterte Frage gehört zur Kompetenz des Reiches, über dessen Stellung der Reichskanzler mehrfach im Reichstage Erklärungen abgegeben hat. Die Antragsteller sind selbst der Ansicht, daß die Initiative zur Herbeiführung einer Hebung des Silberpreises auf Grund einer internationalen Vereinigung bei England steht. Ich kann Namens der Staatsregierung erklären, daß die preußische Regierung für den Fall, daß von anderer, maggebender Seite, insbesondere von England, eine Einladung zu einer solchen internationalen Konferenz ergehen sollte, beim Reich für die Teilnahme an derselben eintreten wird. Die Andeutung des Abg. Arendt, daß ob die Befreiung des Reichskanzlers mit dem englischen Minister über die Generalität eines internationalen Abkommens zur Hebung des Silberpreises nicht ernst gemeint sei, und daß man sich auf beiden Seiten abschließlich mißverstanden habe, daß also die Verhandlungen nur zum Schein geführt seien, muß ich zurückweisen. Der Reichskanzler hat bereits selbst im Herrenhause erklärt, daß die Verhandlungen durchaus ernst und richtig geführt sind, und daß, wenn der Ausgang kein erfolgreicher gewesen ist, das lediglich an der Haltung Englands liegt, denn der Minister Balfour hatte die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Hebung des

Silberpreises im gegenwärtigen Augenblick für nicht angezeigt, ja sogar für höchst bedenklich gehalten.

Abg. Seer (nl.): Ich habe Namens meiner Fraktion die Erklärung abzugeben, daß wir bereit sind, in die Verhandlungen einzutreten, wenn England vorangeht.

Abg. Brömel (Frei. Bag.): Ich hoffe, daß der Reichskanzler an den Verhandlungen, die er im vorigen Jahre im Reiche geführt hat, auch heute noch festhält. Für den Zuschantrag Arendt-Kardorff können alle Mitglieder des Hauses stimmen, gleichviel ob Metallisten oder Goldwährungsmänner, da wir die Initiative ruhig England überlassen können. Als bald wird England nicht vorangehen. Wir können es deshalb ruhig den Freunden der Silberwährung überlassen, ob sie den Antrag in seiner Gesamtheit annehmen wollen oder nicht.

Hiermit schließt die Debatte.

Nach einem Schlußwort des Abg. v. Kardorff (stet.) wird der Zuschantrag einstimmig, der Hauptantrag gegen die Stimmen der Unierten und einiger Mitglieder des Centrums angenommen. (Bei der Abstimmung waren höchstens 40 Mitglieder im Hause anwesend.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen, darunter die Vorlage, betr. die Eingemeindung von Böhlitz in das Stadtgebiet von Breslau; Antrag, betr. die Böckeler Verordnung des Bundesrates.) Schluß 3½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 14. Juni. [Das Abgeordnetenhaus] hat gestern bei Anwesenheit von etwa 30 Mitgliedern beschlossen, die Staatsregierung aufzufordern, sie möge im Bundesrathe für ein festes Wertverhältnis zwischen Gold und Silber durch internationales Übereinkommen wirken, aber wohlgerne, wenn England die Initiative zu den erforderlichen internationalen Verhandlungen ergriffen habe. Die Metallisten merken schon gar nicht mehr, wie komisch sie wirken. Sie haben offenbar auch keine Empfindung für die liebenswürdige Ironie gehabt, mit der zuerst der Finanzminister, dann der nationalliberale Abg. Seer erklärt, falls England mit einer Einladung komme, könnte man ja wirklich in die Verhandlungen eintreten. Ganz gewiß, das könnte man; dagegen hätten auch die entschiedensten Goldwährungsmänner nichts. Nur daß eben unendlich lange Zeit auf jene Einladung warten werden müssen!

W. B. Berlin, 14. Juni. Heute Mittag 12¹/2 Uhr wurde der chinesische Botschafter in außerordentlicher Mission, Li-Hung-Chang, von dem Kaiser im Rittersaal des königlichen Schlosses in feierlicher Audienz empfangen. Hierzu war der Botschafter nebst seinem Personal und dem ihm zum Ehrendienst kommandirten Oberst Liebert von dem Einführer des diplomatischen Corps in königlichen Galawagen abgeholt worden. Die feierliche Auffahrt der Botschaft wurde von einer Eskadron des 2. Garde-Ulanen-Regiments eskortirt. Eine Kompanie des Garde-Jäger-Regiments mit der Fahne und der Regimentsmusik erwies dem Botschafter im kleinen Schloßhof die Honneurs mit klängendem Spiel. Der Audienz wohnten die Kaiserin und die Prinzen des königlichen Hauses nebst den Hofstaaten und Gefolgen bei. Außerdem waren anwesend der Reichskanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, die Staatsminister, die Generale und die Admirale. Der Botschafter verlas vor Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens eine chinesische Ansprache, die der Botschaftssekretär, chinesische Botschafft Detring folgendermaßen in das Deutsche übertrug:

Mein Herr trete ich vor Eurer Majestät, voll von Bewunderung für das große Deutsche Reich, dieses von Allerhöchster Selbsterhaltung erhaltenen Erbe, dessen Errungenheiten in der Kultur, dessen moralische Kraft und dessen Größe und Ruhm schon längst die Aufmerksamkeit der Menschheit aus nah und fern auf sich ziehen. China und das von Euerer Majestät vertretene Reich haben schon lange in Freundschaft gestanden und diese freundliche Beziehungen sind so ausgezeichnet, wie mit keiner anderen Vertragsmacht. Bei den vorjährigen Verhandlungen bedurfte Retzsch von Süd-Blau-Tung war es durch die machtvolle Hülfe Eurer Majestät Regierung, daß diese Angelegenheit durch ihre verschiedenen Städten zu einem (für China) günstigen Resultate geführt wurde. China hat dieses in dankbarer Erinnerung tief eingegraben auf die Tafeln des Gedächtnisses. Als ich zur Zeit meines Amtes als General-Gouverneur von Pei-Blu-Li zur Einrichtung einer Militärschule schritt, war ich voll bewußt, daß die deutsche Armee die erste der Welt sei. Eure Majestät hatten damals die Gnade, die zu diesem Zwecke als Instruktoren nach China zu entsenden. Diese waren zu bestimmen. Die Tätigkeit dieser Herren ist für die unter mir der Verwaltung stehende Armee von großem Vorteile gewesen. Beim Anlauf von Kriegsschiffen und von Kriegsmaterial jeder Art hat sich China im Laufe vieler Jahre an die deutsche Industrie gewandt und Deutschland ist uns ohne Rückhalt und in vollem Maße entgegengekommen. Mit Erfolg und Dankbarkeit bringe ich dieses hier zum Ausdruck und läßt daran die Versicherung, daß uns dieses auf alle Seiten unvergänglich bleiben wird. Trotz meines vorausgeschrittenen Alters habe ich mich daher nicht gescheut, die weite Reise über das Weltmeer zu unternehmen und Eurer Majestät persönlich dieses Schreiben meines allerniedrigsten Gebeters zu überreichen, um einerseits die freundlichen Gefühle, welche Allerhöchster selbige für Eure Majestät hegt, zu betonen, und um andererseits einen längst gefühlten Wunsch erfüllen zu können. Eurer Majestät ersucht voll meine persönliche Hochachtung auszudrücken. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Eure Majestät die Worte des Kaisers von China zu meiner Entsendung als Allerhöchstes außerordentlichen Botschafter Allerniedrigst würdig und auch Allerhöchst derselben Bestand verleihen wollen zur Befestigung einer ewigen Freundschaft zwischen Deutschland und China zur gemeinsamen Thcilhaftigkeit an den Segnungen des Friedens. Dies ist mein lebhaftest Wunsch!

Darauf entnahm der Kaiser aus den Händen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes den Text der Antwort und verlas dieselbe, welche alsdann von dem Sekretär Detring ins Chinesische übersetzt wurde. Die Antwort lautete:

Es gereicht Mir zu hoher Freude als außerordentlichen Botschafter Seiner Majestät des Kaisers von China einen in langjähriger und hervorragender Arbeit bewährten Staatsmann zu begrüßen. Gerne erblicke Ich in Ihrer Entsendung einen neuen wertvollen Beweis der freundlichen Gefühle, welche Ihr mächtiger Gebeter Mir und dem Deutschen Reiche entgegenbringt. Ich erwähne dieselben mit aufrichtigem Herzen. Daz die in der Vergangenheit erprobte, auf gleichen Interessen des Friedens und

der Kultur beruhende Freundschaft zwischen China und Deutschland, für deren Erhaltung und Festigung Sie — Herr Botschafter — alle Zeit eingetreten sind, in Zukunft unvermindert fortzuführen und daß die darauf gegründeten manigfachen Beziehungen sich zum Segen beider Länder entwickeln mögen, ist auch Mein Wunsch und Meine zuversichtliche Hoffnung. Ich ersuche Sie, Herr Botschafter, Seiner Majestät dem Kaiser von China den Ausdruck Meines Dankes für Ihre Entsendung und für das von Ihnen mir überreichte Kaiserliche Schreiben, sowie Meine besten Wünsche für Sein dauerndes Wohl und für das Gedelben Seines großen Reiches zu übermitteln. Ich heiße Sie an Meinem Hause und in Meiner Hauptstadt willkommen.

Die Ankunft Li-Hung-Tschangs war Sonnabend Abend 7 Uhr 55 Minuten auf Bahnhof Friedrichstraße erfolgt. Auf dem Bahnsteig hatten sich zum Empfange eingefunden u. A.: der chinesische Gesandte Hsü Ching-Tseng mit den sämtlichen Mitgliedern der Gesandtschaft, der Kommandant von Berlin, der Polizei-Präsident in Uniform und höhere Offiziere. Li-Hung-Tschang ist nach der "Post" ein schon bejahrter, corpulenter Herr mit vollem blassem Gesicht. Er begrüßte die zu seinem Empfange Erschienenen mit Handshüttungen und tiefen Verbeugungen. Als er in einer königlichen Galatei nach dem Kaiserhof davonschwirrte, begrüßte ihn das Publikum lebhaft.

— Vom telegraphischen Meldung an das Oberkommando der Marine ist S. M. S. "Arizona", Kommandant Kapitän zur See Sarnow, am 12. Juni in Cetoo eingetroffen. S. M. S. "Loreley", Kommandant Kapitän-Lieutenant von Bredow, ist am 12. Juni in Jaffa eingetroffen und an demselben Tage von dort nach Haifa in See gegangen.

* München, 13. Juni. Anlässlich des 10. Todesstages des Königs Ludwigs II. fand Vormittags im Schlossgarten zu Berg die Grundsteinlegung für die Gedächtniskirche für Ludwig II. statt. Nach einleitendem Gelage hielt der Stiftungsprobst von Türk eine Ansprache, worauf die Weihe des Grundsteins erfolgte. Der Brünz-Regent that die üblichen Hammerschläge unter folgenden Worten: "In demütigeranger Erinnerung an den unglücklichen, schwergeprüften und von seinem Volke treu geliebten König Ludwig II." Die ganze Feier nahm einen äußerst würdigen Verlauf. — Heute Vormittag fand ein Gedächtnisgottesdienst in der Michaelskirche anlässlich des 10. Todesstages Königs Ludwigs II. statt, an welchem die anwesenden Mitglieder des

* Karlsruhe, 13. Juni. Die zweite Kammer verhandelte heute über die Gemeindeordnung-Novelle. Dieselbe bezweckt die in den kleinen Gemeinden bisher noch bestehenden Bürgergemeinden in Einwohnergemeinden umzuwandeln und die direkte Wahl der Gemeindebeamten nur in weniger als 150 Wahlberechtigte zählenden Gemeinden zuzulassen; in allen größeren Gemeinden soll der Bürgerausschuß als Beschluss- und Wahlskörper fungieren. Die Demokraten und Ultramontanen beantragen, die direkte Wahl in allen Gemeinden, die Nationalliberalen die direkte Wahl nur in Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern zuzulassen. Der Präsident des Ministeriums des Innern Eisenlohr erklärte sich mit letzterem einverstanden; dies sei aber auch das äußerste Entgekommen der Regierung; werde dieser Antrag abgelehnt, so sei dies gleichbedeutend mit dem Scheitern des ganzen Entwurfs. Die Demokraten und das Centrum erklärten, im Falle der Nichtannahme ihres Antrages gegen das Gesetz zu stimmen. Die Weitererörterung wurde auf Montag vertagt.

* Darmstadt, 13. Juni. In Beantwortung der Interpellation Olann erklärt in der zweiten Kammer der Finanzminister Weber, nach erster Berichtigung mit der preußischen Regierung sei der Verwaltungsrath der Hessischen Ludwigsbahn davon benachrichtigt worden, daß am 31. Dezember d. J. die heimfälligen Linien an den Staat übergehen, wobei seitens der Regierung in Vorschlag gebracht wurde, alle Linien freihändig zu übernehmen unter Angebot eines durchaus angemessenen Kaufpreises. Als der letztere vom Verwaltungsrath der Hessischen Ludwigsbahn als zu niedrig bezeichnet wurde, habe hierauf die Regierung eine Erhöhung von 30,50 M. per Aktie zugestanden. Auch dieses einzelne Angebot sei von der jüngsten General-Versammlung der Hessischen Ludwigsbahn verworfen worden. Falls nun bis zum 31. Dezember 1896 keine Einigung mit der Hessischen Ludwigsbahn erzielt werden könnte, so werde die Regierung im Einverständnis mit der preußischen die heimfälligen Linien an diesem Termine unter Feststellung eines angemessenen Kaufpreises in staatliche Verwaltung nehmen. Von diesem Beschluss sei dem Verwaltungsrath der Hessischen Ludwigsbahn bestimmte Mitteilung gemacht worden. Die Frage sei soweit gediehen, daß sie die Stände thunlichst noch in dieser Session beschäftigen werde. (Bravo.) Der Abg. Wolfskehl erklärt sich mit dieser Auskunft der Regierung durchaus einverstanden und äußert die Hoffnung, daß im eigenen Interesse der Gesellschaft eine Berichtigung erfolge. Anscheinend habe die Hessische Ludwigsbahn gehofft, daß eine Verständigung mit der preußischen Regierung erzielt würde. Der Altenturf sprach lauter als alle Neben dafür, daß die Gesellschaft selbst einen über das durchaus gerechtfertigte Regierungsangebot hinausgehenden Preis nicht erwarte.

Bemerkliches.

+ Aus der Reichshauptstadt, 14. Juni. Gegen den Fr. v. d. Hammerstein ist zum 26. d. vor dem zweiten Strafgerichts-Termin anberaumt worden. Die Ehefrau des Angeklagten ist von Taormina auf Sizilien nach Berlin gerichtet, um bei dem Abschluß des Prozesses in der Nähe zu sein.

Vom Blick getroffen wurden am Freitag zwei Männer vom Lehr-Infanterie-Bataillon zu Potsdam. Der eine Soldat wurde betäubt und erholt sich nach einiger Zeit. Dem andern geht es sehr schlecht.

Rencontre mit einem Radfahrer. Aus dem Grünewald wird dem "Delt. Kreisbl." geschrieben: Der in Sportkreisen bekannte Baron v. R. fuhr am 9. d. M. Nachmittags, nach dem Restaurant des Reichsgerichts Hundeckle. Auf der Chauffe wurde er von zwei Radfahrern stark belästigt. Als er mit seinem Vierergespann nicht sofort auf das gegebene Glockenzeichen der hinter ihm herkommenden Radler ausbog, blieb der eine der Fahrer mit der Gerte auf eins der Pferde. Der Baron schlug hierauf den Radler mit der Peitsche. Dieser nahm seinen Revolver und schoß zwei Mal auf den Baron. Der erste Schuß ging fehl, während der zweite Schuß den Kutscher des Barons an der Schulter verletzte.

Volales.

Boden, 15. Juni. Explodiert ist am Sonnabend Abend in einem Hause der Preßauerstraße eine mit Brennspiritus gefüllte Flasche. Hierbei fingen die Kleider der Wirtshaustochter Stanisława Karmacka, welche durch unvorsichtige Handhabung der Spiritusflasche sie wollte in einen noch brennenden Spiritusloch frischen Spiritus aufzutragen — Feuer und sie selbst erlitten so schwere Brandwunden, daß sie in das städtische Krankenhaus überführt werden mußte. Die Verunglücks war in ihren brennen-

den Kleidern die Treppe hinunter in die Parterreräume gelaufen und hatte dort auch ein Bett mit ihren brennenden Kleidern in Brand gestellt; das Feuer wurde jedoch von Hausbewohnern bald gelöscht, so daß die alarmierte Feuerwehr nicht in Thätigkeit treten brauchte.

* Personalnotiz. Dem Thierarzt Dr. Ellinger in Großhain ist, unter Anwendung des Amtswohntages in Schwedel, die kommunalische Verwaltung der Kreis-Thierarztschaft für den Kreis Schwedel übertragen worden.

* Verliehen wurde dem Holzbauemeister Gottfried Döhring zu Weißfelde in Kreise Bromberg das Allgemeine Ehrenzeichen.

Aus der Provinz.

rr. Dobronik, 14. Juni. [Vom Blick getötet.] Gestern Mittag ging ein schwaches Gewitter über die heftige Gegend nieder. Ein Blitzstrahl traf in Lukow auf der Straße spielende Kinder, von denen eins sofort tot war, während die beiden anderen nur betäubt wurden.

in Witkowo, 14. Juni. [Entlastung des russischen Offiziers.] Der in Powidz verhaftete russische Offizier ist bereits aus der Haft entlassen und in seine Garnison zurückgekehrt, nachdem er von seiner vorgelegten Behörde mit den nötigen Beglaubigungen verliehen worden war.

W. B. Schneidemühl, 14. Juni. [Votterie.] Den geschäftsführenden Ausschüsse für den Augustuswerder Markt zu Schneidemühl ist vom Minister des Innern die Erlaubnis erteilt worden, bei Gelegenheit des in diesem Jahre stattfindenden Marktes eine öffentliche Verlootung von Wagen, Pferden, Kütt- und Fährgeräthen &c. zu veranstalten und die Preise in der ganzen Monarchie zu vertreten.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* Breslau, 14. Juni. [Votterie.] Am 27. Mai fachte eine sozialdemokratische Volksversammlung den Beschluss, daß öffentliche Versammlungen irgend welcher Gewerkschaften und Vereine, sowie Festlichkeiten nur in solchen Lokalen stattfinden sollen, die der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung stehen. Diesen Beschluss will man jetzt strikt zur Durchführung bringen. Allein man geht noch einen Schritt weiter: man proklamirt den Boykott der Biere von vorläufig zwei Brauereien. Die Parteigenossen werden eracht, erst dann wieder die Biere dieser Brauereien zu trinken, wenn sie ihre Lokale zu Volks- und Gewerkschaftsversammlungen zur Verfügung stellen. Die Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, alle Lokale und Gärten, in denen die Biere der beiden Brauereien ausgetrunken werden, zu meiden und sich überall, in Restaurants, Bistrothäusern &c., aus denen sie ihr Bier beziehen, zu erkundigen, ob diese Biere dort geführt werden.

W. B. Hirschberg, 13. Juni. [Wollenbruch.] In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ging über den Löwenberger Kreis ein verheerender Wollenbruch nieder. Wie aus 10 Ortschaften gemeldet wird, wurden Acker, Wiesen, Straßen und Bäume überschwemmt und beschädigt. Der Verkehr der Gebirgsbahn bis Rabishau und auf der Strecke Greifswald-Goldberg war mehrere Stunden lang unterbrochen.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 14. Juni. Die für Teplitz verbotene Sokolsfeier soll Tschechenblättern zufolge am 15. und 16. d. Mts. hier unter Protektorat des Grafen Harrach abgehalten werden. Die Blätter fordern zu einer großen Beteiligung seitens der böhmischen, mährischen und schlesischen Tschechen auf.

Budapest, 12. Juni. Der Bericht des Budgetausschusses der österreichischen Delegation über das Heeresbudget stellt das österreichisch-ungarische Budget in Vergleich zu demjenigen anderer Staaten und begleitet den Antrag auf Annahme des Budgets mit folgenden Bemerkungen:

Wenn wir unsere Heeresmacht sowie unsere Heeresausgaben mit denjenigen Russlands, Frankreichs und Deutschlands vergleichen, so überzeugen wir uns, daß die österreichisch-ungarische Monarchie dem friedlichen Charakter ihrer Politik gemäß keineswegs die Initiative zur Erhöhung der Militärausgaben in Europa ergreift, sondern nur bestrebt ist, das Verhältnis ihrer Kräfte zu denjenigen der großen Weltmächte möglichst zu erhalten. Österreich-Ungarn in seiner exponierten Lage kann jedoch seine Wehrmacht nicht verschärfen, weil ein Staat eine starke Armee nicht allein zur Bekämpfung im Felde braucht; dieselbe trägt vielmehr nach dem alten Sprichwort „Si vis pacem, para bellum!“ zur Erhaltung des Friedens bei und erhöht die Macht und das Ansehen des über dieselbe verfügenden Staates, und da doch die meisten Fragen der Weltfriedlich ausgetragen werden, so kann auf die Dauer die latente Wirkung einer starken Armee weiters größer werden, als die Wirkung, die durch deren unmittelbare Verwendung erzielt wird.

Paris, 13. Juni. Heute Vormittag 11 Uhr hat das Leichenbegängnis für Jules Simon stattgefunden.

Der Trauergottesdienst in der Kirche, welche sehr erhebend war, wohnten der Vertreter des Präsidenten der Republik, alle Minister und zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps bei.

Als einer der ersten traf der deutsche Botschafter Graf Mühlner ein, dem zwei Diener den von dem Deutschen Kaiser gewidmeten herrlichen Kranz aus natürlichen Blumen vorantrugen. Ferner waren Abordnungen aller hohen Höfe, Freunde des Verstorbenen und auf den Gedenken der Politik, der Literatur, der Kunst und der Wissenschaft hervorragende Persönlichkeiten erschienen, von denen dem Verstorbenen zahlreiche Kränze gewidmet wurden.

Die militärischen Ehren wurden dem Verstorbenen bis zum Kirchhofe Montmartre erwiesen. Auf dem Kirchhofe hielt Ministerpräsident Wély eine Rede, in welcher er die politische Rolle des Verstorbenen bei der Gründung der Republik hervorholte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß das Beispiel des Verstorbenen allen Parteien dazu verhelfen werde, zu verstehen, daß man mit Hochachtung gründen könne und daß das Vaterland der Einigkeit aller Franzosen bedürfe. Dann sprach Graf d'Haussouville Namens der Académie Française, Rabatton und Mollien Namens der Académie des sciences morales et politiques, Frédéric Passy Namens der vielen wohlthätigen und gemeinnützigen Vereine, welche ihr Gedächtnis Jules Simon verdanken. Henry Houssaye als Präsident des Schriftsteller-Vereins, Molières Namens der Presse, Christophe Namens der Stadt Orient und der bretonischen Landsleute Simons. Der Deputierte Serville-Reiche pries die Verdienste Jules Simons um die politische Emancipation der französischen Kolonien.

Das Mitglied des Institut de France Xavier Charras erschien heute auf der deutschen Botschaft, um Namens der Familie Simon den Dank für die von dem Deutschen Kaiser erwiesene Beileidsbezeugung und Ehrung Jules Simons auszusprechen.

Tromsö, 12. Juni. Der Nordpolfahrer Andres stellte günstiger Fahrt an Bord der "Virgo" heute Mittag hier ankommen. Die Expedition setzt die Reise morgen nachmittag fort.

Belgrad, 14. Juni. Folge der neulich erwähnten an den König gelangten Beschwerde wegen Folterungen und Verstümmelungen Gefangener im Polizeiwärter Gefängnis ordnete derselbe eine strenge Untersuchung an.

Havannah, 14. Juni. In einer Versammlung der Generale ist beschlossen worden, die Operationen wegen Eintritts der Regenzeit einzustellen.

Prätoria, 14. Juni. [Meldung des Reiterschen Beraus.] Präident Krüger empfing gestern eine Massen-deputation von Bürgermeistern aus allen Thelen Südafrikas, welche ihm ihren Dank für seine Milde gegenüber den Mitgliedern des Reformkomitees aussprachen. Krüger antwortete, indem er auf eine Bibel zeigte: "Dies ist mein maßgebender Wegweiser, dies Buch hat mir die Richtung angegeben, die ich zu verfolgen habe. Mir darf nicht vergessen, daß die Birghers seiner Zeit den Stoss paraten mußten, aber in der Stunde des Sieges versteht die Afrikaner zu verzeihen." Krüger fuhr fort: "Was soll man von demjenigen sagen, der die Hunde auf einander gelegt, der den ganzen Skandal veranlaßt hat? Er ist immer noch frei, ohne Strafe." Beim Schlusse des Empfanges brachten die Mitglieder der Deputation ein dreifaches Hurrah auf den Präsidenten und die Regierung aus und erwiesen die gleiche Huldigung der Gemahlin des Präsidenten.

Wien, 14. Juni. In einer heute stattgehabten Versammlung der Bauarbeiter wurde beschlossen, in den Generalsstreik einzutreten, falls die Forderungen der Gewerkschaft erfüllt sind um 20 000 Schillen nicht bewilligt werden.

Rom, 14. Juni. Gestern wurden nach 4 tägiger Halt die beiden Bauern freigelassen, die des Überfalls auf den Herzog von Meiningen beschuldigt werden; die wichtigsten Thäter sind noch nicht ermittelt.

Madrid, 14. Juni. Der Ministerrath hat den Text des Gesetzes vorgelegt, gegen die anarchistischen Bestrebungen festgesetzt. Derselbe wird morgen dem Senat unterbreitet werden.

St. Louis, 14. Juni. Dr. Gouverneur des Staates New York Morton lehnte seine Amtsstellung für die Vizepräsidentschaft nachdrücklich ab. — Die Wahlen präsidektive beherrscht noch immer die gezwängte Lire, trotz der Anstrengungen der Anhänger Mac Kinley, die Aufführung eines neuen Solltarifes zur Hauptfrage zu machen.

Havana, 13. Juni. General Castellano hat Maximo Gomez bei Puerto Principe geschlagen. Die Aufländischen verloren mehrere 100 Mann. — Heute Nacht explodierten hier zwei Dynamitbomben, ohne daß Personen dabei zu Schaden kamen.

Zur Lage auf Kreta.

Konstantinopel, 13. Juil. Hier finden täglich Berathungen des Ministrerrathes wegen der Lage auf Kreta statt. Nach Meldeungen der Konfu gestaltet sich die Situation in Folge vieler Gewaltthaten der muhammedanischen Bevölkerung sowie in Folge einiger Ausfretungen einzelner Truppenställe kritisch. Die Bewegung erscheint gegenwärtig beinahe auf alle sechs westlichen der achtzehn Bezirke Kretas ausgedehnt. Eine Offizier der Truppen ist in Folge der Hinterfälle, welche das Terrain und die Versorgung bieten, schwerlig. Die Truppen haben täglich kleine Gefechte zu bestehen, die bislangen Verluste betragen etwa 350 Mann. Die Verbindung des Innern der Basel mit Kreta ist unterbrochen, immerhin aber schreitet die Verölung langsam fort. Die Meldeungen der Blätter von einer gemeinsamen Intervention der Mächte bei der Porte sind falsch. Die Botschafter erhielten nur gesetzliche Weisung der Porte private Ratschläge. Auch die von Frankreich und Russland gethanen Schritte werden als nicht offiziell bezeichnet. In den dem herrschenden Gewohnheiten entsprechenden Berathungen der Botschafter wurden bisher nur die Berathen der Konfu gegen seitig bekannt gegeben und die Ansichten über dieselben ausgetauscht.

Athen, 14. Juni. Die Blätter berichten von Schäden in verschiedenen Punkten Kretas, bei denen die Türken unterlegen wären. Auch in der Umgebung von Methyma sind kleine Schäden vorgekommen, bei welchen beide Seiten Verluste erlitten. Den Aufländischen fehlt es an Schleppvorraht.

Petersburg, 13. Juni. Die "Pol. Correspondenz" veröffentlicht einen Brief, welcher zu berichten weist, daß Russland die Friedensangelegenheit dringend widerrathen, andererseits aber auch die Porte nachdrücklich ernahmt habe, in Kreta baldigst normale Zustände herzustellen und die berechtigten Forderungen der Kretenen zu erfüllen. Bezuglich Macedoniens sei der russische Diplomatische Agent v. Tscharkow in Sofia angewiesen worden, der bulgarischen Regierung Maßregeln zur Unterdrückung der makedonischen Agitation im Fürstentum und zur Verhinderung einer etwaigen Unterstützung der Unruhestiftung in Macedoniens von bulgarischem Gebiete aus nachdrücklich zu empfehlen.

Heute früh 1 Uhr verließ nach kurzem, schweren Leiden unsere liehe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Emilie Griemberg,

geb. v. Biberstein-Zawadzki, im 77. Lebensjahr, welches, um alle Teilnahme bitten, hiermit befreit im Namen der Hinterbliebenen anzettigt.

Posen, den 14. Juni 1896.

Bew. Frau Rechtsanwalt Treplin, geb. Griemberg.

Die Beerdigung findet Dienstag Nachmittag 6 Uhr von der Leichenhalle des Kirchhofes auf der Halborthstraße statt.

